

**Antworten des Landesverbandes DIE LINKE auf die Wahlprüfsteine des Bundesverbandes
Pflegermanagement, Landesgruppe Berlin / Brandenburg e.V.**

1. Eine Krankenhausstrukturreform steht bevor. Welche Positionierung nimmt Ihre Partei ein in Bezug auf die Streichung der Level 1i Krankenhäusern und der damit nicht mehr stattfindenden Stärkung der Profession Pflege.

In Brandenburg fand Anfang der 1990 Jahre eine Krankenhausstrukturreform statt. Eine Reihe von Kliniken wurde vom Netz genommen. Die aktuell in Brandenburg bestehenden Krankenhäuser sind für eine flächendeckende Versorgung notwendig. Eine Schließung von weiteren Klinikstandorten lehnen wir entschieden ab. Gleichwohl besteht auch in Brandenburg ein hoher Reformdruck, was die Zukunftsfähigkeit und die nachhaltige Finanzierung der medizinischen Leistung betrifft. DIE LINKE setzt sich für eine sektorenübergreifende, regionale Versorgungsplanung ein. Die Kliniken müssen dabei als Anker der medizinischen Versorgung erhalten bleiben. Kleine Klinikstandorte in dünn besiedelten Regionen sollten zu ambulant-stationären Zentren weiterentwickelt werden. Ähnliches sah der Reformvorschlag zu Level 1i Krankenhäuser vor. Unklar ist jedoch, wie diese Kliniken zukünftig finanziert werden und wie umfangreich ihr Versorgungsauftrag ausgestaltet ist. Hier muss der Druck auf den Bund erhöht werden.

2. Welche Positionierung nimmt Ihre Partei ein bezugnehmend auf etwaige Krankenhausschließungen, Abbau von stationären Leistungsangeboten in ländlichen Regionen und Zentralisierung in größeren Kliniken mit längeren Anfahrtswegen?

In Brandenburg werden alle Klinikstandorte als Anker der medizinischen Versorgung auch zukünftig benötigt. Richtig ist, dass nicht an allen Standorten die gleiche medizinische Leistung angeboten werden muss. In Brandenburg existiert deshalb seit Jahren ein gestuftes Versorgungssystem. Am Klinikstandort Templin wurde im Rahmen eines Modellprojektes ein ambulant-stationäres Zentrum erfolgreich geprobt. Dies gilt es nun endlich auf eine tragfähige gesetzliche Grundlage zu stellen und auf andere kleine Klinikstandorte auszuweiten. Zentralisierung von medizinischen Eingriffen ist sinnvoll, sofern es sich um planbare und komplizierte Eingriffe handelt. Eine wohnortnahe Versorgung von einfachen chirurgischen Eingriffen muss jedoch gewährleistet bleiben, genauso wie eine flächendeckende Notfallversorgung.

3. Welche spezifischen Maßnahmen und Initiativen planen Sie, um dem Fachkräftebedarf in der Pflege im Land Brandenburg entgegenzuwirken? Wie könnte diesbezüglich eine Versorgungssicherheit in der ambulanten und stationären Langzeitpflege sowie im Krankenhausbereich gewährleistet werden?

Der „Pakt für Pflege“ in Brandenburg muss fortgeführt und auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Die Ausbildungskapazitäten in der Pflege müssen weiter ausgebaut werden. Schulen für Gesundheitsberufe benötigen in Brandenburg ein Investitionsprogramm, um die infrastrukturellen Voraussetzungen für eine gute Pflegeausbildung zu gewährleisten. Die Abbrecherquote muss gesenkt werden. Wir schlagen deshalb vor, sozialpädagogische Kräfte an den Schulen einzusetzen. Darüber hinaus sind wir auf ausländische Fachkräfte angewiesen. Wichtig ist deshalb bürokratischen Hürden abzusenken und Verfahren zu beschleunigen. Gerade kleine Arbeitgeber benötigen Unterstützung bei der Integration.

Grundsätzlich muss die Attraktivität des Pflegeberufes gesteigert werden. Eine neue Arbeitsteilung in den Gesundheitsberufen ist dringend angezeigt. Der Zugang zur akademischen Ausbildung erleichtert werden. Ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag in der Pflege wird von uns angestrebt, ebenso ein Verbot von Leiharbeit in der Pflege.

4. Die Rolle und die Position der Pflege wurde rückblickend mehrfach auch medial diskutiert. Welche Möglichkeiten zur Interessensvertretung der Pflegeberufe sehen Sie im Land Brandenburg? Und wie planen Sie die Möglichkeiten aktiv zu unterstützen sowie zu stärken?

Die Interessenvertretungen der Pflegeberufe müssen noch stärker im Landespflegeausschuss Brandenburg eingebunden werden. Ebenso beim runden Tisch zur Fachkräftesicherung. Ihre Expertise ist unverzichtbar. Die Zusammenarbeit mit den Berlin-Brandenburgische Pflegerat wollen wir intensivieren. Gerade auch im Hinblick auf eine notwendige Diskussion zu einer neuen Arbeitsteilung in den Gesundheitsberufen.

Einer Pflegekammer stehen wir jedoch kritisch gegenüber. Die Akzeptanz zu den dann zu erhebenden Beiträgen von den professionell Pflegenden hat, nach unserem Eindruck, deutlich abgenommen.

5. Die Profession Pflege steht vor großen Herausforderungen. Welche Ideen hat Ihre Partei um Pflegekräfte zu unterstützen, zu entlasten und um eine qualitativ hochwertige Versorgung zu ermöglichen?

Die Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote müssen attraktiver und kostenfreie Studiumsangebote deutlich ausgebaut werden. Studierende in den Gesundheitsfachberufen benötigen eine Ausbildungsvergütung.

Pflegekräfte können deutlich mehr, als das was man ihnen bisher zugesteht und an Aufgaben zuweist. Deshalb kann die Attraktivität des Pflegeberufes erhöht werden, wenn ihnen mehr Eigenverantwortlichkeit zugestanden wird. Im Zuge des Fachkräftemangels ist dies auch dringend angezeigt.

Die Rahmenbedingungen für Pflegekräfte müssen aber ebenso stimmen. Ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag in der Pflege, sowie Mindestvorgaben bei der Personalbemessung in der Pflege sind daher notwendig. Die auskömmliche Refinanzierung der Pflege durch Pflege- und Krankenkassen muss sichergestellt werden.